Morgen-Ausgabe
No. 147 — 59. Jahrgang

Berliner Volks-Zeitung

Erstes Beiblatt
Dienstag, 28. März 1911

Lokales

Einführung des ersten Bürgermeisters Dominicus.

Aus der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung.

In dem festlich mit frischem Grün geschmückten Schöneberger Stadtverordnetensitzungssaale fand gestern abend durch den Regierungspräsidenten v. d. Schulenburg die Einführung und Vereidigung des zum ersten Bürgermeister Städtebergs gewählten Regierungsrat Alexander Dominicus statt.

Nachdem Stadtverordnetenvorsteher **Dr. Graf v. Matuschka** die Sitzung eröffnet hatte, nahm sofort der

Regierungspräsident v. d. Schulenburg

das Wort zu folgender Ansprache:

Werter Herr Erster Bürgermeister! Durch die Wahl der Stadtverordnetenversammlung sind Sie zum Ersten Bürgermeister dieser Stadt berufen worden. Der Kaiser hat auf Antrag des Ministers des Innern am 17. März die Wahl bestätigt. Heute liegt es mir ob, Sie in ihr neues Amt einzuführen. Nirgends im Deutschen Reiche pulsiert das kommunale Leben so kräftig wie in Berlin und seinen Vorortgemeinden und ich begreife, daß Sie willig und gern dem Rufe gefolgt sind. Wichtige Aufgaben auf allen Gebieten des kommunalen Lebens sind zu erfüllen, namentlich der Fürsorge für einen ausreichenden Verkehr, für die Erziehung der Schule und Wohlfahrtspflege; immer sind neue Aufgaben zu erfüllen. Es ist mir eine Herzensfreude gewesen, von Potsdam aus zu beobachten, wie in Erfüllung dieser Aufgaben sämtliche Orte um und mit Berlin wetteifern, welche Gemeinde die Aufgaben am besten erfüllen wird. Wenn ich die Tätigkeit in Groß-Berlin beobachte, muß ich an den märkischen Wald denken. Ein Baum treibt dort neben dem andern und so entsteht das Bild der Kraft, das durch den Wald versinnbildlicht wird. Das gleiche gilt auch vom kommunalen Gebiete; ich habe den Wunsch, daß es Ihnen gelingen möge, ein guter Führer in diesem friedlichen Wettstreite zu sein, der aber auch auf die Nachbargemeinden Rücksicht nimmt, denn Großes kann in Groß-Berlin nur geschehen, wenn die einzelne Gemeinde es nicht für ihre Aufgabe hält, sich auf Kosten der anderen etwas zu schaffen. Es müssen unbedingt im Interesse des großen Ganzen Opfer von den einzelnen Gemeinden gebracht werden; was in der künftigen Zeit durch die neue Gestaltung des Zweckverbandsgesetzes erreicht werden soll. In dieser Zeit muß jede Gemeinde und jeder Bürger die Erfüllung der Aufgaben darin sehen — ganz gleich ob Rixdorf, Charlottenburg oder Wilmersdorf — Groß-Berliner zu sein. Dann habe ich noch eine persönliche Bitte: Tragen Sie bitte dazu bei, daß zwischen den städtischen Körperschaften und der Regierung in Potsdam ein Verhältnis des Vertrauens bestehen möge. Das Vertrauen, das ich meinerseits stets zwischen Stadt und Regierung angestrebt habe, hoffe ich auch von Ihnen zu empfangen. Sie kommen aus dem fernsten Teile Deutschlands. Außerhalb ist Preußen vielfach als Polizeistaat verschrien und ich hoffe, daß die Tätigkeit und die Fühlung mit der Regierung Sie bald überzeugen wird, daß nicht nur die Gemeinden, sondern auch die Staatsregierung den Wunsch hat, die Selbstverwaltung zu stärken und zu kräftigen.

Hierauf vereidigte der Regierungspräsident den neuen Bürgermeister. Nach der Vereidigung ergriff der

Stadtverordnetenvorsteher Graf v. Matuschka

das Wort: Gestatten Sie, daß ich Sie im Namen der Bürgerschaft herzlich willkommen heiße. Als an dem schicksalsschweren Novembertage des vergangenen Jahres unser unvergeßlicher Oberbürgermeister Wilde jäh aus seiner Tätigkeit abberufen wurde, als er die Stufen des Rathauses emporstieg, da durchdrang uns tiefes Weh und es erhob sich die bange Frage, wer sein Nachfolger und die schweren Aufgaben weiter führen würde. Da kam uns die Kunde: In Straßburg ist ein Mann, gleich ausgezeichnet durch Kenntnisse, große Arbeitskraft und Energie und reich an Erfolgen in allen Zweigen der kommunalen Verwaltung. Ein Mann, würdig der Nachfolger Rudolf Wildes zu werden. Es stehen uns große Aufgaben, wie die Erschließung des Südgeländes und Weiterführung der Untergrundbahn und viele andere wichtige Arbeiten bevor. Sie sind zu uns gekommen mit einem warmen Herzen, wie es Ihrer schönen Heimat entspricht; wir bringen Ihnen alle ein herzliches Vertrauen entgegen und bitten um das Ihrige. Vertrauen um Vertrauen! Hand in Hand!

Bürgermeister Blankenstein beglückwünschte Dominicus im Namen des Magistrats und der städtischen Beamten.

Erster Bürgermeister Dominicus:

Ihnen allen, meine verehrten Herren, schulde ich aufrichtigen Dank für die freudige Begrüßung, die Sie mir haben zuteil werden lassen. Ihnen Herr Regierungspräsident danke ich besonders für die Liebenswürdigkeit hierher zu kommen und die Einführung vorzunehmen. Ich darf Ihnen die Versicherung abgeben, daß ich in meiner Amtstätigkeit die Ueberzeugung gewonnen habe, daß eine Gemeinde, und sei sie die größte, doch nur ein Glied des Großen ist: des Staates und des Vaterlandes und daß sie in einzelnen Momenten ihre Interessen einem großen Ganzen unterordnen muß. Sie, meine Herren Stadtverordneten haben mich durch Ihre Wahl an die Spitze der Stadtverwaltung gestellt. Ich will nicht große Worte machen und große Versprechen abgeben, ich versichere aber, daß Sie in mir einen gemeinsamen Arbeitsfreund finden werden, der alles daran setzen wird, das Wohl und das Blühen der Stadt zu fördern. Ich werde in den Bahnen, die der verstorbene Oberbürgermeister Wilde uns vorgezeichnet hat, weiter arbeiten.

Hierauf schloß der Stadtverordnetenvorsteher die Versammlung. Magistrat und Stadtverordnete vereinigten sich dann mit dem neuen Stadtoberhaupte zu einem Essen im Magistratssaale.

Die Oberbürgermeisterwahl. In der Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, 30. März, nachmittags 6 Uhr findet die Wahl des Oberbürgermeisters und zweier besoldeter Stadträte statt.

Unzufriedene Rieselfeldarbeiter. Gegen die Nichtbeachtung ihrer Forderungen im Etat der Stadt Berlin für 1911 protestierten die Arbeiter der nördlichen Rieselfelder in zwei Versammlungen in Hohenschönhausen und Französisch-Buchholz. Die Redner führten aus, daß die Arbeiterlöhne auf den nördlichen Rieselfeldern seit neunundzwanzig Jahren, seit dem Jahre 1882 keine Steigerung erfahren hätten. Noch immer müßten diese Arbeiter im Winter mit einem Stundenlohn von 12 Pfennig, einem Tagelohn von 1,20 Mark auskommen, im Sommer mit einem Tagelohn von 180 Mark. Wenn man das Deputat hinzurechne, betrage das Jahreseinkommen etwa 800 Mark. Die Forderungen auf Verbesserung dieser kärglichen Löhne seien immer, auch in diesem Jahre wieder, zurückgewiesen worden. Auch die Arbeitszeit der Rieselwärter betrage noch immer 12 Stunden pro Tag. Den übrigen städtischen Arbeitern gegenüber seien die Rieselfeldarbeiter auch dadurch schwer benachteiligt, daß ihnen weder Sommerurlaub noch die Vertretung in Arbeiterausschüssen gewährt sei. — In beiden Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, in der die Nichtbeachtung der bescheidenen Arbeiterforderungen als soziale Rückständigkeit bezeichnet, die Gewährung von Sommerurlaub und die Errichtung eines Arbeiterausschusses gefordert wird.

Mein Freund der Chauffeur

Roman von C. N. und A. M. Williamson. Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von Gertrud Bauer. Beginnt Anfang April zu erscheinen im Täglichen Unterhaltungs-Blatt der

Berliner Volks-Zeitung.

In dem Roman wird ganz ungewöhnlich originell und witzig die Geschichte einer Automobilfahrt erzählt, bei der die bunt zusammengewürfelte Teilnehmerschar, drei Damen und drei Herren, in die amüsantesten Beziehungen zu einander treten. Der Roman ist unterhaltend im besten Sinne des Wortes und zeichnet sich — die Fahrt führt den Leser von der Riviera durch die Alpen nach Oberitalien — durch eine Fülle vortrefflicher Naturschilderungen aus.

Neu hinzutretende Abonnenten

können die „Berliner Volks-Zeitung" mit ihren wertvollen 4 Gratis-Beiblättern schon jetzt für den Monat April zum Preise von 90 Pfg. beim Postamte des Wohnortes bestellen.

In Groß-Berlin

abonniert man bei den am Kopfe des Blattes aufgeführten Filialen mit täglich 2maliger Zustellung frei ins Haus zum Preise von

20 Pfg. wöchentlich oder 85 Pfg. monatlich.

Ueber 64000 Abonnenten.

Das Sechstagerennen.

Schwere Stürze.

Die Nachmittagsstunden des dritten Renntages brachten ein etwas flotteres Tempo ins Feld, ohne daß es jedoch zu wesentlichen Vorstößen gekommen wäre. Mit dem Erscheinen des Polizeipräsidenten v. Jagow, der die Gesellschaft noch im friedlichsten Bummel auf dem Boden des Innenraums antrat, änderte sich das Tempo. Die nächsten Runden bis 7 Uhr hielten sich aber noch immer in dem Rahmen eines gemütlichen Fahrens, bei dem es keinerlei Verschiebungen gab. Stundenresultate: 63. Stunde: 1671,678 Kilometer, 64. Stunde: 1698,246 Kilometer, 65. Stunde: 1725,138 Kilometer, 66. Stunde: 1752,354 Kilometer, 67. Stunde: 1776,330 Kilometer. In der siebenten Abendstunde ereignete sich dann ein Sturz Willy Arends, der dem einstigen Weltmeister einen Schlüsselbeinbruch zuzog, so daß er außer Gefecht gesetzt wurde. Das Tempo war ein mittleres, als um 6 Uhr 20 Minuten der Franzose Georget in der unteren Kurve die Bahn mit einem Pedal streifte zu Fall kam und abrutschte. Arend, der hinter ihm lag, konnte nicht mehr ausweichen und stürzte über ihn. Ohne schwer aufzuschlagen, war sein Fall so unglücklich, daß das linke Schlüsselbein brach. Wie die ärztliche Untersuchung ergab, waren die beiden Enden ziemlich weit übereinander geschoben. Da aber, wie festgestellt werden konnte, schwere Splitterungen nicht vorhanden waren, ist die Verletzung keinesfalls gefährlich, schließt aber eine weitere Beteiligung am Rennen aus. Arend war darüber sehr betrübt und weinte, denn er hatte sich in den drei Tagen unerwartet gut eingefahren und befand sich nach den Feststellungen der Aerzte in ausgezeichneter Form, ganz gegen die Erwartungen, so daß er die übrigen drei Tage gut durchgehalten haben würde. Sein Partner Schallwig fährt einstweilen als Ersatzmann weiter.

Gegen 9 Uhr abends hatten sowohl die unteren Plätze wie oben die Galerie und der Innenraum einen guten Besuch aufzuweisen und es waren sehr dankbare Zuschauer, die bereits bei dem geringsten Anstoß zu einem schnelleren Tempo mit Beifall nicht kargten. Die Resultate der beiden weiteren Stunden waren bei unveränderter Reihenfolge: 68. Stunde: 1807,920 Kilometer, 69. Stunde: 1888,538 Kilometer.

Kurz nach 10 Uhr machen Rütt und Stol ihren ersten scharfen Vorstoß, der durch einen Reifendefekt und den Sturz Morans beendigt wird. Es wird für einige Runden abgeläutet. Als das Rennen wieder beginnt, schießt Stol unerwartet aus dem Feld heraus, wird durch Rütt kräftig unterstützt, und beide gewinnen so über eine halbe Runde, die ihnen aber dann in einem dreißig Runden währenden Kampf durch Lorenz und durch Eingreifen des Amerikaners Mac Farland wieder abgenommen wird. Ein Sturz v. Natzmers beendigt den Angriff. Natzmer, der kurz vorher mit Schallwig eine neue Mannschaft mit zwölf Runden Rückstand bildete, erlitt einen Schlüsselbeinbruch und mußte das Rennen aufgeben.

Sitzgelegenheit beim Telephonieren.

Ein überaus seltener Vorgang ist zu verzeichnen: Die Fernsprechverwaltung hat, aus eigenem Antriebe und, wie es einstweilen wenigstens den Anschein hat, ohne die Kosten für die Einrichtung den sie Benutzenden aufzubürden, eine bemerkens- und erwähnenswerte Verbesserung in den öffentlichen Fernsprechstellen geschaffen. Einige dieser Stellen weisen seit gestern Sitzgelegenheit auf. Man hat den Sprechapparat niedriger anbringen und davor einen Schemel aufstellen lassen, sodaß der Sprechende sitzend seine Mitteilung machen kann. Ein kleines Pult zur Rechten dient ihm zur Niederlegung von Papieren oder Büchern, ein Polsterbrettchen zur Linken ermöglicht es ihm, den Ellenbogen aufzustützen, so daß ihm beim Halten des Hörers der Arm nicht einschläft. Das sind kleine, aber sehr angenehme Verbesserungen, von denen man nur wünschen kann, daß sie nicht vereinzelt bleiben, sondern allgemein werden. Schade nur, daß die anderen von der Fernsprechverwaltung geplanten Neuerungen mit diesen kleinen Verbesserungen ganz und gar nicht im Einklang stehen.

Graf Hülsen gegen die Lustbarkeitssteuer.

In einem Briefe an den Direktor des Lessingtheaters Dr. Brahm spricht sich Generalintendant Graf Hülsen gegen die Lustbarkeitssteuer aus. Er schreibt:

Auf Ihre gefällige Anfrage vom 25. d. M. erwidere ich sehr ergebenst, daß ich es in Sachen der Lustbarkeitssteuer nach wie vor ablehnen muß, in meiner Eigenschaft als Generalintendant der königlichen Schauspiele dazu Stellung zu nehmen. Hierfür ist nicht die Generalintendantur, sondern in erster Linie das Ministerium des königlichen Hauses zuständig. Da Sie sich aber außerdem an mich als an den Präsidenten des Deutschen Bühnenvereins wenden, will ich mich den Pflichten nicht entziehen, die dieses Amt mir auferlegt. Soweit der Interessenkreis dieses Vereins in Frage kommt, lege ich meine Stellungnahme wie folgt fest:

Die von der Stadt geplante Lustbarkeitssteuer schädigt alle beteiligten Bühnenleiter. Gerade in Berlin haben die Theaterverhältnisse der letzten Zeit sich dahin zugespitzt, daß die von den Direktoren zu tragenden Lasten ständig anwachsen, ohne daß eine entsprechende Vermehrung der Einnahmen stattfände. Es ist zu befürchten, daß die neue Steuer den Zusammenbruch einzelner Bühnen zur Folge haben wird. Aber auch die anderen Bühnen müssen eine schwere Einbuße dadurch erleiden, daß die Deckung der neuen Ausgabe nur durch solche Maßnahmen möglich ist, welche künstlerische oder wirtschaftliche Schäden bedingen. Eine Abwälzung der Steuer auf das Publikum ist nach meinem Dafürhalten nicht allgemein durchführbar. Insoweit sie zum Teil gelingen sollte, ergibt sich daraus die notwendige Folge einer Steigerung der Eintrittspreise zum Theater. Es ist aber eine berechtigte Klage, daß diese Preise für einen großen Teil der Bevölkerung, der ein lebhaftes Bedürfnis nach Bildung durch die Kunst hat, zu hoch sind. Mag man sich aber auch auf den Standpunkt stellen, daß ein Teil der Eintrittspreise noch gesteigert werden kann, so läßt es sich doch auf keinen Fall von der Hand weisen, daß dadurch gerade solchen Schichten der Bevölkerung, deren Teilnahme am Kunstleben zu wünschen ist, der Zugang zu den theatralischen Darbietungen wesentlich und zum Schaden der Kunst selbst erschwert werden wird. Ich weiß nun wohl, daß man den Bühnenleitern den Ausweg empfiehlt, die neue Steuer durch Kürzungen an ihren Etats einzubringen. Ihnen, mein verehrter Herr Direktor, als dem Fachmanne, brauche ich keine längere Auseinandersetzung nach der Richtung zu machen, daß die einzige Kürzung, die auf die Dauer in Frage kommen wird, und die nachhaltig zu wirken vermag, die Kürzung des Gagenetats sein würde. Eine solche wäre aber im Interesse der Bühnenmitglieder auf das Aeußerste zu beklagen. Wer da glaubt, daß die Gagen der allerersten Kräfte unbeschadet derartig verringert werden könnten, daß hiervon die Lustbarkeitssteuer gezahlt wird, hat keine Kenntnis von den wahren Zuständen des Theaterbetriebes. Die Einnahmen der in mittlerem Maße und der gering bezahlten Bühnenangehörigen sind aber so bemessen, daß ihre Herabsetzung ein schweres Unrecht gegen den Stand der Künstler sein würde. Ueber die Unbeliebtheit der Steuer, an die das Publikum täglich erinnert werden wird, und über alle daraus abzuleitenden Konsequenzen möchte ich mich lieber nicht äußern."

*

Der Zentralausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine, der bereits die ursprüngliche Magistratsvorlage über die Lustbarkeitssteuer einstimmig abgelehnt hat, hat nunmehr in seiner gestrigen Plenarsitzung auch zu der Fassung Stellung genommen, die die Vorlage in dem Ausschuß der Stadtverordneten erhalten hat. In einer Debatte, die vollständige Uebereinstimmung der Ansichten der in dem Zentralausschuß vertretenen 108 Vereine und Verbände ergab, lehnt der Zentralausschuß auch die Vorlage in ihrer veränderten Form einstimmig ab. Der Zentralausschuß richtet in letzter Stunde an die Stadtverordnetenversammlung die eindringliche Bitte, im wohlverstandenen Interesse der Berliner Bürgerschaft und weiter Kreise des Berliner Gewerbefleißes die Vorlage abzulehnen.

In der Affäre des Krankenwärters Griebl haben die Verteidiger, Rechtsanwälte Dr. Salomon und Dr. Klee gegen die Ablehnung des Haftentlassungsantrages Beschwerde eingelegt. Die Beschwerde befaßt sich mit allen Verdachtsmomenten, die gegen Griebl vorgebracht worden sind, und kommt zu dem Ergebnis, daß das Belastungsmaterial gegen Griebl nicht ausreiche um einen dringenden Tatverdacht zu rechtfertigen. Auch die neuen Ermittelungen reichen nach der Ansicht der Verteidigung bei den sich widersprechenden Angaben des Schankwirts Koltigl und seiner Frau nicht aus, um die Untersuchungshaft zu verlängern. Die vierte Strafkammer des Landgerichts II wird unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors de la Fontaine über die Beschwerde entscheiden.

Für 10 000 Kronen Juwelen hat ein Agent Emil oder Emanuel Süßer unterschlagen, auf den jetzt auch die hiesige Kriminalpolizei fahndet. Süßer ist mit seiner Beute aus Mährisch-Ostrau geflohen und wird vermutlich versuchen, einen Teil davon in Berlin zu Geld zu machen. Es handelt sich um zum Teil mit Brillanten besetzte Ringe, Uhren, Kravattennadeln und Perlen. Der Flüchtige ist ein etwa 36 Jahre alter Mann. Er geht ist als das rechte. Süßer spricht Deutsch, Tschechisch, Polnisch, Ungarisch, Englisch und Französisch.

Die Unterschlagungen des Magistratsbureauassistenten Lüdicke. Der Magistratsbureauassistent Otto Lüdicke hat, wie nunmehr ermittelt ist, seit September vorigen Jahres 35 000 Mark amtliche Gelder unterschlagen, die er in leichtsinniger Gesellschaft durchbrachte. Lüdicke hatte sich bei mehreren angesehenen Berliner Banken auf falsche Namen Konten angelegt, an die er die betrügerischer Weise vom Magistrat erhobenen Gelder überweisen ließ. Bei Haussuchungen, die gestern Kriminalkommissar Scholl in der Nervenheilanstalt von Dr. Oesterreicher in Nordend vornahm, fand er einen hocheleganten Rohrplattenkoffer, zahlreiche Reiseutensilien und eine wertvolle Garderobe. Anscheinend hatte Lüdicke den Plan, noch einen großen Coup zu machen und dann das Weite zu suchen. Auch eine Geliebte hatte Lüdicke gehabt, in deren Wohnung in der Markgrafenstraße gestern ebenfalls Kriminalbeamte eine Durchsuchung vornahmen. Die Lebedame gab an, von Lüdicke bloß kleinere Geldbeträge empfangen zu haben, und nur wenn sie ausgegangen seien, habe er sich nicht „lumpen" lassen.

Zeugen gesucht. Personen, die am 20. Januar gegen 1/2 12 Uhr gesehen haben, wie ein Herr im Zylinder einen Mann an der Ecke Küllnischer Park und Köpenicker Straße mit einem Stocke schlug, werden gebeten, ihre Adresse an Bernhard Hanf, Karlshorst, Hentigstraße 3 zu senden. Die Auslagen werden vergütet.

Verschüttet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag auf dem Grundstück Uhlandstraße 81 in Wilmersdorf, auf dem gegenwärtig ein Neubau errichtet wird. Als der mit dem Ausheben der Fundamente beschäftigte sechsundzwanzigjährige Arbeiter Robert Gripentrog aus der Lübecker Straße 29 in Berlin in einer Tiefe von drei Metern arbeitete, gab plötzlich das Erdreich